

**Motion Edith Leibundgut (CVP): Extern vergebene Aufträge: Kürzung der Ausgaben für externe Gutachten, Expertisen, Studien und Konzepte**

Ich fordere den Gemeinderat auf, dem Stadtrat eine Sparvorlage zu unterbreiten, welche das Aufgabenvolumen für extern vergebene Gutachten, Studien, Expertisen, juristische Abklärungen und Konzepte um 20% reduziert. Dies kann auf fünf Arten erfolgen:

1. Streichung von externen Aufträgen in diesem Bereich
2. Erledigung von bisher extern gegebenen Aufträgen durch interne Mitarbeiter (z.B. Juristen)
3. Wechsel auf billigere Anbieter
4. Tiefere Standards bei der Auftragserfüllung
5. Vorläufiges Moratorium auf denjenigen externen Aufträgen, welche auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden können.

**Begründung**

Die Verwaltung der Stadt Bern leidet immer mehr darunter, dass mit zunehmend wachsendem Volumen Aufträge an Externe vergeben werden und damit eigene finanzielle Mittel der Kernverwaltung verloren gehen.

Für einen Grossteil der Fragestellungen wäre jedoch durchaus stadtintern Fachwissen vorhanden: dieses muss nur abgeholt werden. Es müssen ohnehin alle Angaben zu einem Geschäft von der Verwaltung zusammengetragen werden und auch die Umsetzung wird wieder durch die Verwaltung geleistet. Dass bei externer Vergabe dazwischen jemand sehr viel Geld verdient ist in vielen Fällen nicht nötig und stellt damit nicht nur eine Einsparmöglichkeit dar, sondern stärkt gleichzeitig auch die internen Ressourcen.

Mit dieser Motion soll der Gemeinderat gezwungen werden Aufgaben, welche intern erledigt werden können, auch intern zu vergeben und sich gleichzeitig auf das Wesentliche zu beschränken.

Bern, 26. Oktober 2006

*Motion Edith Leibundgut (CVP), Reto Nause, Simon Glauser, Ueli Jaisli, Peter Bühler, Stefan Bärtschi, Thomas Weil, Beat Schori, Christian Wasserfallen, Sandra Wyss, Hans Peter Aeberhard, Christoph Müller, Ernst Stauffer, Lydia Riesen-Welz, Dieter Beyeler, Martin Trachsel, Barbara Streit-Stettler*

**Antwort des Gemeinderats**

Die Motion Leibundgut fordert vom Gemeinderat das Unterbreiten einer Sparvorlage, welche das Aufgabenvolumen für extern vergebene Gutachten, Studien, Expertisen, juristische Abklärungen und Konzepte (im Folgenden kurz „externe Aufträge“) um 20 % reduziert. Mehrere Gründe sprechen aus Sicht des Gemeinderats klar gegen das durch die Motion formulierte Ziel.

### *Fehlende NSB-Konformität*

Unter dem Begriff „Neue Stadtverwaltung Bern“ (NSB) hat die Stadtverwaltung per 1. Januar 2004 die wirkungsorientierte Verwaltungsführung stadtweit eingeführt. Ein zentrales Merkmal von NSB sind Globalkredite: Die Dienststellen einer Direktion verfügen über einen Nettokredit, was ihnen mehr Spielraum und Flexibilität bei der Aufgabenerfüllung, unter Berücksichtigung der Leistungs- und Wirkungsziele, erlaubt. Die Motion hat zum Ziel, eine konkrete Ausgabenkategorie (externe Aufträge) über die ganze Stadtverwaltung um einen konkreten Betrag (20 %) zu reduzieren. Dies ist nicht NSB konform, da NSB explizit vorsieht, dass die Dienststellen der Stadtverwaltung innerhalb ihres Nettokredits selber über den Ausgabenmix entscheiden können. Besteht in den einzelnen Dienststellen eine Notwendigkeit zur Vergabe externer Aufträge, kann flexibel darauf reagiert werden. Jeder an externe Dienstleistende vergebene Auftrag ausserhalb des Nettokredits muss mit der Kürzung anderer Ausgaben dienststellenintern kompensiert werden. Eine denkbare Steuerungsmöglichkeit bestünde darin, keine Nachkredite zu den Globalkrediten der Dienststellen zu sprechen, die mit der Vergabe externer Aufträge begründet werden. In den Jahren 2005 und 2006 wurde jedoch weder durch den Stadtrat noch durch den Gemeinderat ein Nachkredit gesprochen, dessen Notwendigkeit mit der Vergabe von externen Aufträgen begründet worden wäre.

### *Notwendigkeit externer Aufträge*

Die Festlegung der Leistungstiefe der städtischen Verwaltung ist eine schwierige und primär politische Frage. Bei Kernaufgaben der Stadt Bern ist die Leistungserbringung durch die öffentliche Verwaltung mehrheitlich erwünscht. Die effiziente Aufteilung von Eigen- und Fremderstellung bei Aufgaben ausserhalb des Kernbereichs ist jedoch umstritten. In vielen Fällen werden aufgrund von zu geringen Kapazitäten und fehlendem Know-how Aufträge an externe Dienstleistende vergeben. Das Vergabevolumen betrug im Jahr 2006 rund 1,9 Mio. Franken. Mit diesem Betrag könnten theoretisch ungefähr 12 neue Vollzeitstellen für Akademikerinnen und Akademiker (durchschnittlicher Bruttolohn plus Lohnnebenleistungen) bei der Stadtverwaltung geschaffen werden. Sachdienlich wäre ein derartiges Vorgehen jedoch kaum, da die Mehrheit der Vergaben an externe Dienstleistende temporärer Natur sind und ein äusserst spezifisches Wissen in einem klar umschriebenen Fachgebiet bedingen. Externe Aufträge würden voraussichtlich trotz einer hypothetischen Personalaufstockung auch in Zukunft erfolgen. Ein weiteres Argument für die Vergabe externer Aufträge liegt in der Objektivität, der Kreditibilität und der Unabhängigkeit der externen Dienstleistenden. Gerade aus letzterem Grund werden viele Gutachten und Expertisen nicht durch die Verwaltung selbst erstellt.

### *Eine Umfrage bei den Verwaltungsdirektionen und die Analyse der Honorarbuchungen offenbaren einen geringen Handlungsspielraum*

Grundlage für die Analyse der heutigen Situation bezüglich externer Gutachten, Studien, Expertisen, juristischer Abklärungen und Konzepte bildet das Sachkonto Honorare und Entschädigungen. Anhand des Buchungstexts wurden jene Buchungen selektiert, welche den erwähnten Kategorien zugeordnet werden können und grösser als Fr. 1 000.00 sind. Einige Buchungen lassen sich eindeutig zuordnen, bei anderen gibt es Ermessensspielraum. Aus diesem Grund sind die nachfolgenden Zahlen im Sinne einer Grössenordnung zu verstehen. Gesamthaft beliefen sich die Buchungen für externe Aufträge im Jahr 2005 auf rund 1,8 Mio. und im Jahr 2006 auf rund 1,9 Mio. Franken.

In einer Umfrage bei den Verwaltungsdirektionen wurde erhoben, ob bei den zuvor selektierten Buchungen eine der in den Lemmas der Motion genannten Optionen (Streichung von ex-

ternen Aufträgen in diesem Bereich Erledigung von bisher extern vergebenen Aufträgen durch interne Mitarbeitende [z.B. Juristen], Wechsel auf billigere Anbietende, tiefere Standards bei der Aufgabenerfüllung, vorläufiges Moratorium für Aufträge, welche zeitlich verschoben werden können) ex-post anwendbar gewesen wäre. Von den rund 190 im Jahr 2005 vergebenen externen Aufträgen wäre nach Einschätzung der Direktionen in nur 11 Fällen eine der durch die Motion genannten Optionen denkbar gewesen, für das Jahr 2006 in 15 Fällen von gesamthaft rund 180 Aufträgen.

Laut der Motionärin wäre für einen Grossteil der extern vergebenen Aufträge verwaltungsin-tern genug Fachwissen vorhanden, das nur nachgefragt werden müsse. Der Gemeinderat schätzt das Wissen der städtischen Angestellten sehr. Das bei der Verwaltung vorhandene Humankapital ist ein wesentlicher Garant für das Funktionieren des Gemeinwesens. Die Umfrage belegt jedoch, dass aus Sicht der Direktionen nur in sehr wenigen Fällen (2005: 7, 2006: 3) eine vermehrte Aufgabenerledigung durch interne Mitarbeitende möglich gewesen wäre.

#### *In der Stadtverwaltung herrscht kein Dezemberfieber*

Ein viel beachteter Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats vom Herbst 2006 hat auf Bundesebene das unter dem Begriff „Dezemberfieber“ bekannte Phänomen nachgewiesen: Externe Aufträge werden Ende des Jahres lanciert, um Kreditreste auszuschöpfen. Wie eine Analyse der Honorarbuchungen über die gesamte Stadtverwaltung zeigt, ist im Dezember keine erhöhte Temperatur, gleichzusetzen mit einer Anhäufung von Vergaben externer Aufträge, feststellbar. Dies ist ein klarer Beleg für den bewussten Umgang in der Stadtverwaltung mit der Vergabe externer Aufträge.

#### *Sorgfältiger Umgang mit Ressourcen als Daueraufgabe*

Allgemein hält der Gemeinderat fest, dass Mandate an externe Dienstleistende nur dort vergeben werden, wo ein Mehrwert absehbar ist, sei es in finanzieller, organisatorischer oder qualitativer Hinsicht. Der sorgfältige Umgang mit finanziellen Ressourcen ist für die gesamte Stadtverwaltung ein Dauerthema – auch bei der Vergabe externer Aufträge.

#### *Finanzielle Auswirkungen der Motion*

Die Umsetzung der durch die Motion geforderten Reduktion externer Aufträge um 20 % ist nur über die Kürzung der Nettoglobalkredite der Direktionen bzw. der Dienststellen möglich. Die Direktionen hätten damit neben den im Rahmen der Finanzklausuren beschlossenen Globalvorgabekürzungen in der Höhe von 12,25 Mio. Franken weitere rund Fr. 400 000.00 aufzufangen.

#### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 25. April 2007

Der Gemeinderat